

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., durch Träger und andere Vertretungen frei im Haus monatlich 1,30 M., vierteljährlich 4,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 2010, 2011, 2012. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung: 50 Pf. pro Zeile, 1. und 2. Aufl. 60 Pf., 3. und 4. Aufl. 70 Pf., 5. und 6. Aufl. 80 Pf., 7. und 8. Aufl. 90 Pf., 9. und 10. Aufl. 1,00 M. Sonstige Bezugsstellen: 1,20 M. pro Zeile. Sonstige Beilagen 50 Pf. pro 1000.

Nummer 623

Samstag, 7. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Ausrufung der „Deutschen sozialistischen Republik“.

Berlin, 7. Dez. (Priv.-Tel. 15.)

Gestern nachmittag, kurz nach fünf Uhr, erschienen etwa zehn Mann Matrosen und Soldaten im Reichstagsgebäude und haben den anscheinend nichts ahnenden Ebert, auf die Straße zu kommen. Hier hatte eine unübersehbare Menge Soldaten aller Waffengattungen Front gemacht. In der unklaren Beleuchtung schienen es Tausende zu sein. Vor dem Eingang hielt ein Automobil. Sobald Ebert die Straße betrat, sprang ein Soldat auf das Automobil und legte etwa Folgendes: Die Soldaten seien gekommen, um sich Schloßen hinter die Regierung zu stellen. Er lehnte auch auseinander, daß eine Gruppe von Menschen es der Regierung unmöglich mache, die Früchte der Revolution zu sichern. Die Regierung müsse frei sein, damit das Volk zum Frieden gelangen könne. Zu diesem Zweck seien die Soldaten hierher gekommen, um die Schloßen für die Regierung bis zum nächsten Tag geschlossen einzurufen. Der Soldat entließ das Haupt und rief: Damit wir endlich geordnete Zustände bekommen, rufe ich in dieser heiligen Stunde die „Junge deutsche Republik“ aus und an ihrem ersten Präsidenten den Genossen Ebert!

Tische, Trommelschlag und minutenlanges Hurra-rufen folgten dieser Proklamation.

Dann betrug Ebert das Haupt. Er mahnte zur Ruhe und Ordnung und zur Disziplin, dann nur konnte sich das Volk die Früchte der Revolution sichern. Der Tag für die Konstitution sei festgesetzt. (Zahlreiche Zwischenrufe: Viel zu spät!) Man müsse den Soldaten, die von der Front zurückkehren, auch die Möglichkeit des Wahlens geben. Er gebe den Soldaten den Rat, sich ihren Vorgesetzten zu stellen und ihnen dann zu folgen. Strenge Disziplin zu halten und sich in einer einzigen Nacht fest zusammenzuschließen. Auf diesem Wege werde sie die Regierung am besten und sichersten unterstützen. Ebert erwiderte mit einem Hoch auf die deutsche sozialistische Republik, ohne seine Ausrufung zum Präsidenten irgendwo erwähnt zu haben. Ihm folgte ein Redner in Zivilkleidung, aus dessen einleitenden Worten hervorging, daß er es war, der die Revolution zu Kiel in Gang gebracht habe. Er forderte die Soldaten, die Regierung zu unterstützen, und in der gewaltigen Menge — es hatten sich auch noch Zivilisten angesammelt — herrschte lautlose Ruhe. Ebert lag nicht wieder auf das Automobil. Er sagte, diese Frage könne er nicht so ohne weiteres beantworten. Er sei nicht das einzige Mitglied der Regierung und könne eine solche Entscheidung nicht treffen. Die Antwort wirkte abfälschend. Der Redner sagte, man müsse sich mit dieser Antwort zufrieden geben. Er betonte noch einmal, daß die Soldaten sich hinter die Regierung stellen wollten. Nach der Antwort Eberts zogen die Soldaten geschlossen, aber ruhig, ab.

Kampf mit der Spartakus-Gruppe.

Die demokratische „Morgenpost“ meldet aus Berlin folgendes: Zur selben Zeit, in der Ebert die Präsidentschaft der deutschen sozialistischen Republik angetragen wurde und im Abgeordnetenhaus die Mitglieder des Volksrates festgenommen werden sollten, kam es in der Chausseestraße, Ecke Invalidenstrasse, zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den „Maffkern“, die dort den verstärkten Sicherheitsdienst versehen, und Anhängern der Spartakusgruppe, die sich nach Schluß mehrerer Versammlungen zu einer Demonstration zusammenzuschließen versuchten. Aus einer großen Gruppe der Spartakusanhänger wurde den „Maffkern“, die dort den verstärkten Sicherheitsdienst versehen, die Soldaten antworteten mit Maschinengewehrfeuer. Die Angaben über die Anzahl der Toten gehen noch auseinander, da man nicht feststellen kann, wohin die Leichen gebracht worden sind. Wäher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden.

Berlin, 7. Dez. (Wolff-Tele.)

In den Abendstunden nahm laut „Vorwärts“ eine Abteilung der Truppen in den Geschäftsräumen der „Notenbahn“ eine Durchsuchung vor. Eine weitere Abteilung herrte den Treppengang. Schließlich wurde jedoch mitgeteilt, daß ein Artium vorzuliegen scheint. Das Militär rückte gegen 8 Uhr ab.

Irrtümliche Verhaftung des Berliner Volksrates.

Berlin, 6. Dezember.

Der Volksratsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte teilt mit: Kurz nach Beginn der Sitzung um 4 Uhr 30 Minuten wird mitgeteilt, daß eine größere Truppenmacht, bestehend aus Franzosen, Garde-Pionieren, Blumentwischen, Marine-Infanterie und Feldkassern, sämtliche Ausgänge des Hauses besetzt hat und im Begriff sei, einzudringen, um den Volksrat zu verhaften. Die bereits besessene Beratung über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt und nur ein Mitglied abgeordnet, um den Tatbestand festzustellen. Kurz darauf drang ein Feldwebel der Gardepioniere mit etwa 30 Mann (Pioniere und Marine, meist sehr junge Leute) ein und erklärte den Volksrat für verhaftet, und zwar im Namen der Reichsregierung. Auf das Ersuchen des Vorsitzenden, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärte er, daß er einen solchen

nicht habe und nur den Befehl seines Vorgesetzten befolge. Auf die Frage, wer sein Vorgesetzter sei, lehnte er die Antwort ab. Er ließ die Türen zum Sitzungssaal besetzen. Ein Offiziersstellvertreter von den „Franzosen“ gab seinen Leuten den Befehl, zunächst sechs Mann des Volksrates und sodann weitere Truppen von je sechs Mann abzuführen. Da die Mitglieder des Volksrates energisch protestierten und die Mannschaften sich unentschieden aelten, zog sich die Ausführung des Befehls hin. Inzwischen erschien der Volksbeauftragte Barth und erließ im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften sofort den Saal zu räumen. Nach anfänglichem Sträuben führte dieser den wiederholten Befehl aus. Inzwischen hatte sich das Abgeordnetenhaus mit einigen hundert Mann Verhaftungstruppen gefüllt. Gleichzeitig waren auch mehrere tausend Matrosen zum Schutz des Volksrates erschienen, ebenso größere Massen von Arbeitern. Diese wurde vom Volksrat wieder fortgeschickt. Kurz darauf erschien auch der Stadtkommandant Weiß, den der Volksratsausschuß ersuchte, die Absperzung der Türen, die inzwischen erfolgt war, wieder aufzuheben. Ferner ordnete der Volksrat die Verhaftung des Feldwebels der Gardepioniere und des Offiziersstellvertreters von den Franzosen und einer Reihe weiterer Personen wegen dringenden Verdachtes gegen revolutionärer Umtriebe an. In dem sofort vorgenommenen Verhör wurde festgestellt, daß den Mannschaften 5 Mark pro Person verprochen worden war, wenn sie sich an dem Morgen, von dem ihre Führer seitlich zu ihnen gesprochen hatten, betätigten. Ebenso wurde ein gewisser Franz verhaftet, der vorgeführt wurde, unter der von ihm zugegebenen Versicherung, in die Redaktion der „Notenbahn“ an der Spitze einer Gruppe Soldaten eingedrungen zu sein und eigenmächtig den Verleib aufgebunden zu haben. Es gelangte noch Namens des Rates der Volksbeauftragten folgende Erklärung von gestern zur Verlesung: Der Rat der Volksbeauftragten hat nicht den Auftrag erteilt, irgend ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates oder einen anderen zu verhaften. Jede anderslautende Behauptung ist unwahr. Die Soldaten werden an konterrevolutionären Zwecken mißbraucht, wenn sie zur Durchführung eines angeblichen Volksbefehls verwendet werden. Der Volksrat lehnt sodann seine Beratung fort, die mit dem Befehl endigte, sofort eine gemeinshafliche Sitzung mit der Reichsregierung abzuhalten.

Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg teilen mit: Die Reichsregierung steht der Verhaftung des Volksrates vollkommen fern. Die Truppen sind dabei mißbraucht worden. Die Mitglieder des Volksrates sind sofort freizulassen. Die Truppen fordern wir auf, in Ruhe die Kasernen aufzusuchen.

Kundgebung des Prinzen Friedrich Leopold.

Berlin, 7. Dez. (Wolff-Tele.)

Für den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen erklärt sein Rechtsbeistand in den Blättern:

„Die Mitglieder meiner engeren Familie haben bei aller Achtung vor der Krone im Frieden und im Kriege keine höhere Pflicht gehabt, als sich in einer Front mit jedem anderen Bürger einzusetzen für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes. Mein Sohn Friedrich Karl, der im Kriege den Heldentod gefunden hat, hat ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Pflichtenung gegeben. Ich persönlich habe als mein Vorfahr meine vornehmliche Aufgabe stets darin gefunden, jede Ausnahmestellung der kaiserlichen Prinzen zu beseitigen und sie in ihren Rechten und Pflichten den allgemeinen bürgerlichen Verhältnissen einzuordnen. Die Neuordnung der politischen Verhältnisse hat also für mich keine Änderung meiner Anschauungen und Bestrebungen gebracht. Im verstärkten Maße habe ich es jetzt für die Pflicht jedes Mitglieds des bisherigen kaiserlichen Hauses, aus freiem Willen nach seinen Kräften mitzuwirken am Aufbau der Ordnung und Einheit innerhalb des Deutschen Reiches, gleichgültig in welcher Staatsform die Regierung unseres Vaterlandes zukünftig entstehen wird.“

Verhängung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Berlin, 6. Dez. (Wolff-Tele.)

Ueber den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und über ihre Ausführungen erfahren wir von unabhängiger Stelle folgendes: Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch ein Verleumdung gerichtlich rechtlos zur Eingeziehung verurteilt worden sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch, und es muß daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert werden. Admiral Browning hat jedoch die Erbrückung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt nur die Auslieferung seiner Forderungen. Ferner fordert die Entente, daß unbedingt, sobald es die Unterbringungsverhältnisse an Land gestatten, sämtliche Kriegsschiffe ganz außer Dienst gestellt und die Besatzungen also an Land untergebracht werden. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe einschließlich der U-Boote und der Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen oder im Bau befindlichen U-Boote, die sich in deutschen Häfen befinden, zu übergeben. Weiter soll die Erklärung abgegeben werden, daß seit der Abschließung des Waffenstillstandsvertrages kein deutsches Handelschiff mit irgend welcher neutralen

Flagge überführt worden ist. Ferner wird die Befähigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftkrafte verlangt. Diese Forderungen gehen weit über die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages hinaus.

Berlin, 6. Dez.

England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schiffsahrt von der Entente in der Dänke nicht mehr zugelassen werde. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verhandlung über die einzunehmenden Ladungen erfolgt sein. Nur Rost und Kopenhagen, aber keine Halb- und Ganzfabrikate dürfen noch aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund des Wirtschaftsvertrages vereinbart sind, ausführen. Neutralität Nachrichten liegen aus Holland vor. Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Willensformen nicht zu vereinbarende Verhängung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Anhebung des Gewinns, der durch die Entente erzielt wurde, und eine neue Verschärfung unserer schweren Ernährungsfrage. Und alles dies, nachdem man immer nur von Recht und Gerechtigkeit spricht.

Der Schiffsverlust der Entente.

London, 6. Dez. (Neutermeldung.)

Gestern wurden folgende Angaben über die Lage der Schiffsahrt am 31. 10. veröffentlicht: Die Verluste der Seiltoung während des Krieges betrugen 15 033 786 Tonnen; der Zuwachs betrug durch Neubau 10 840 537 Tonnen; durch Erbeutung und Vernichtung des feindlichen Schiffsraumes 2 392 675 Tonnen; zusammen 13 233 202 Tonnen. Der Nettoverlust betrug 1 811 581 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für den britischen Schiffsraum mit Ausschluß der Übertragung von dem Schiffsraum unter britischer Flagge und den anderen Flaggen sind: Verluste 9 081 333, Zuwachs durch Neubauten im Vereinigten Königreich 4 342 200 Tonnen, durch Kauf im Ausland 580 000 Tonnen, durch erbeutete feindliche Tonnage 716 520 Tonnen, zusammen 5 638 920 Tonnen. Der Nettoverlust betrug 3 442 012 Tonnen.

Die Engländer in Köln.

Köln, 7. Dez. (Z.-U.-Tele.)

Marschall Gajah forderte die Bewohner Kölns in einer Bekanntmachung auf, sich jeder feindseligen Haltung gegenüber den Besatzungstruppen zu enthalten. Allen Bewohnern wird die persönliche Sicherheit garantiert. Man befürchtet hier die Einführung der Dürner Verordnung.

Veränderungen an der belgisch-holländischen Grenze.

Rotterdam, 7. Dez. (Z.-U.-Tele.)

Der Verband für die Schiffsahrt in Brüssel hat in einer Versammlung Vorschläge zu territorialen Veränderungen zwischen Holland und Belgien eingebracht, deren Durchführung die „gerechten Ansprüche Belgiens“ befriedigen und den Frieden garantieren“ sollen. Zu diesen Forderungen gehören:

1. Der Scheldearm „Beter-Schelde“ muß belgisch werden.
2. Holländisch-Flandern zwischen diesem Arm und dem belgischen Arm muß an Belgien kommen.
3. Das holländische Gebiet zwischen dem Maasbecken und das Gebiet von Maasricht muß an Belgien kommen.
4. Als Entschädigung soll im Interesse Hollands die Annexion der Maas zwischen Vise und Venlo in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des offiziellen belgischen Kommandos durchgeführt werden.

Todesstrafe für Wucherer.

München, 7. Dez. (Wolff-Tele.)

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Im Ministerium des Auswärtigen erschien eine Abordnung des Stadtmagistrats, welche an die Regierung des Volksstaates Bayern das dringende Ersuchen richtete, unverzüglich die energischsten Maßnahmen gegen alle Schwarzher von Schläge Ador Bach zu ergreifen. Sie stellte der Regierung anheim, ein Gesetz zu schaffen, das die Einführung der Todesstrafe auf jedweden Wucher, die Auflösung aller nachweislich wuchererischen betrieblenden Unternehmungen und die Eingeziehung der gesamten Wucherobjekte und des wuchererisch erworbenen Vermögens der Geschäftsinhaber zu wahlstättigen Zwecken anordnet. Im Ador Bach bittet die Abordnung im Namen der Bürger-schaft und des gesamten erwerbenden Volkes das erste Beispiel zu statuieren.

Der Ministerpräsident sagte rasche Maßnahmen seitens der Regierung zu.

Nach Münchener Blättermeldungen nahm in den letzten Tagen das bayerische Kriegswirtschaftsamt in den Geschäftsräumen der Herrntleiderfabrik Ador Bach in München eine Geschäftskontrolle vor, die ein riesiges Lager zurückgehaltener Herren-, Damen- und Knabenbekleidung aufdeckte. Es wurden Waren noch aus dem Jahre 1914 vorgefunden, im Ganzen etwa 30 000 Stück; außerdem wurde ein Lager von Bauerngewändern vorgefunden, um durch deren Verkauf von der Landbevölkerung Lebensmittel zu bekommen. Nach den bisherigen Erhebungen erzielte Bach seit dem Kriegsausbruch riesige Uebergewinne, die zwischen 200 und 6 bis 700 Prozent schwanken. Die gesamten Lager wurden beschlagnahmt.

